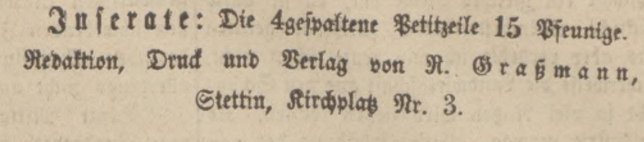
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 21. Mai 1879. Nr. 234.

Deutscher Reichstag.

49. Plenar-Sitzung vom 20. Mai.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann, Staatsminister Maybach, Geh. Räthe Tiedemann, Böttcher, Burchard, baierischer Ministerialrath Dr. Mayr.

Vice-Präsident Dr. Lucius eröffnet die sehr stark besuchte Sitzung um 11 Uhr 40 Min. mit folgenden Worten:

M. H., bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich dem Hause eine schmerzliche Mittheilung zu machen. Es ist mir kurz vor Beginn der Sitzung ein Brief des Herrn Präsidenten v. Forckenbeck, gerichtet an den Reichstag, zu meinen Händen, zugegangen (die schon mitgetheilte Niederlegung des Präsidiums betreffend).

Präsident Dr. Lucius: Ich habe das Gefühl, und ich glaube, dasselbe wird im ganzen Hause getheilt werden, wenn ich bei der Plötzlichkeit der Nachricht es nicht für möglich erachte, alsbald über das angesichts dieser Mittheilung zu ergreifende Verfahren im Hause in Berathung einzutreten resp. schlüssig zu werden. Wenn ich mich in diesem Gefühl nicht täusche, werde ich mir erlauben, am Schlusse der heutigen Tagesordnung, nachdem die Parteien sich vielleicht während der Sitzung über die Frage werden verständigt haben, auf den Gegenstand wieder zurückzukommen.

Das Haus, das mit der gespanntesten Aufmerksamkeit die Worte des Präsidenten mit lautloser Stille angehört hatte, löst sich nunmehr völlig in Gruppen auf und schenkt dem Beginn der Tagesordnung — Fortsetzung der zweiten Berathung des Zolltarifs, Getreidezölle — nur geringe Beachtung.

Die Diskussion wird zunächst eröffnet über Position 9a:

a) Weizen, Hafer und Hülsenfrüchte, sowie nicht besonders genannte Getreidearten, b) Roggen, Gerste, Mais und Buchweizen.

Für Titel a bestimmt der Tarif 1 Mk., für Titel b 0,50 Mk. für 100 Klgr.

Die Abgg. Frhr. v. Mirbach und Günther (Sachsen) beantragen, auch für Roggen einen Zollsatz von 1 M. festzustellen.

Abg. Dr. Delbrück beantragt, im Falle der Annahme von Position lit. a und b denselben folgende Anmerkung hinzuzufügen:

Für Getreide und Hülsenfrüchte werden Transitläger ohne amtlichen Mitverschluß bewilligt. Auf diese Läger finden die für Privat-Transitläger geltenden Vorschriften mit der Maßgabe Anwendung, daß die Lagerung, soweit es zur Erhaltung und Bearbeitung der Waaren erforderlich ist, außerhalb geschlossener Räume stattfinden kann, daß die Behandlung, Umpackung und Theilung der gelagerten Waaren uneingeschränkt und ohne Anmeldung zulässig und daß die Mischung der letzteren mit inländischer Waare gestattet ist.

Abg. Dr. Stephani referirt über die zum Kapitel Getreidezölle eingegangenen Petitionen, die sich theils zustimmend, theils ablehnend verhalten zu den Getreidezöllen. Der Referent beantragt, diese Petitionen für erledigt zu erklären durch die über die Getreidezölle zu fassenden Beschlüsse.

Bundes-Kommissar kaiserl. Geh. Reg.-Rath Tiedemann: M. H.! Die von der Regierung vorgeschlagenen Getreidezollsätze haben die verschiedensten Angriffe erfahren von rechts und von links, von schutzzöllnerischer und freihändlerischer Seite; den Einen gehen sie nicht weit genug, den Anderen zu weit. Aber die Vertheidigung der Sätze ist leichter nach der zweiten, als nach der ersten Richtung hin. Während bei jeder anderen Position deutlich die Tendenz hervorleuchtet, irgend einen Zweig der heimischen Produktion zu schützen, tritt diese Tendenz hier in den Hintergrund und spielt eine nebensächliche Rolle. Dennoch aber glaubt die Regierung mit der Einführung der Getreidezölle der Landwirthschaft einen großen Vortheil gewähren zu können. Deutschland hat sich aus einem Getreide exportirenden in ein Getreide importirendes Land verwandelt. Darüber sind alle Ansichten einig, und sie beginnen erst dann auseinander zu gehen, wenn man nach den Gründen fragt, welche zu dieser Umwandlung geführt haben. Von freihändlerischer Seite wird behauptet, daß diese Umwandlung das Resultat einer ganz normalen Entwickelung sei, die im engsten Zusammenhang mit der Vermehrung der Bevölkerung stehe. Man hat dabei Vergleiche gezogen und die landwirthschaftlichen Betriebsergebnisse von 1837—1877 zusammengestellt. Wäre aber diese Zusammenstellung von einer Beweiskraft für die soeben bezeichnete Theorie, dann müßte doch logischer Weise in der 40jährigen Entwickelung eine Durchschnitts-Einfuhr gefunden werden. Das ist aber nicht der Fall; im Gegentheil übersteigt die Ausfuhr während der Zeit die Einfuhr um circa $2^1/_2$ Millionen Centner. Man geht von freihändlerischer Seite bei solchen Berathungen überhaupt gewöhnlich von falschen Voraussetzungen aus; wo steht denn geschrieben, daß 9 Centner Getreide im Durchschnitt nöthig sind für den Kopf der Bevölkerung? Nach offiziellen Berechnungen doch nur $3^1/_2$ bis höchstens 5 Centner, eine höhere Berechnung ist mir nicht vorgekommen. 1875 wurden 100 Millionen, 1876 96 Millionen, 1877 120 Millionen, 1878 110 Millionen Centner Getreide geerntet, und vergleicht man mit dieser Zahl die Bevölkerungsziffer, so ergiebt sich 4 Centner pro Kopf der Bevölkerung. Das Wachsen der Mehreinfuhr läßt sich nur dadurch erklären, daß wir in den letzten Jahren der Absatzplatz geworden sind für die Ueberproduktion des Auslandes auch in Bezug auf landwirthschaftliche Produkte. (Sehr wahr! rechts.) Wir sind überschüttet mit einer Menge von ausländischem Getreide, das in keinem Verhältniß steht zu unserem Konsum. Die russische und die amerikanische landwirthschaftliche Industrie haben sich Deutschland zum Kampf- und Tummelplatz ausersehen, gerade wie vor noch nicht allzulanger Zeit fremde Mächte es liebten, sich in Deutschland auf deutschem Boden zu messen. Namentlich die russische Landwirthschaft arbeitet so billig, daß ihr gegenüber unsere landwirthschaftliche Industrie nicht anders konkurrenzfähig bleiben kann als mit [illegible]. Der Schade bleibt [illegible] die zahlreichen Subhastationen. Es ist ganz sicher, daß ein großer Theil des Zolles von den Produzenten getragen werden wird; denken Sie sich eine Stadt von Rittergütern umgeben, deren neun Getreide zur Stadt bringen können, ohne einen Schlagbaum zu passiren, während das zehnte Rittergut für die Wagenladung 2—3 Groschen Chausseegeld zahlen muß. Das zehnte Rittergut wird doch dann nicht die Preise für die andern neun mit erhöhen können, sondern die neun werden das zehnte zwingen, ebenso billig zu verkaufen, wie sie selbst. Das Brod wird durch die Getreidezölle ebenso wenig vertheuert werden, wie durch das Schwanken der Getreidepreise bisher, wofür ich mich auf dies hier beziehe. (Unter großer Heiterkeit des Hauses zeigt der Herr Regierungskommissar eine Cigarrenkiste voll sogenannter „Dreierschrippen" vor, die ein Grundbesitzer am Harz seit langen Jahren gesammelt habe und die, gleichviel, ob theure oder wohlfeile Zeit war, immer gleich groß oder gleich klein geblieben seien.) Die Regierungen bitten Sie, ihnen den Getreidezoll zu bewilligen und sind der Meinung, daß es nicht schaden kann, wenn ausländische Importeure, die unsern Markt mit Getreide aus dem Auslande überschwemmen, einen Zoll zahlen sollen zum Schutze des einheimischen Ackerbaues. (Beifall.)

Inzwischen ist noch folgender Antrag des Abgeordneten Rickert (Danzig) zur Vertheilung gelangt:

hinter Nr. 9 folgende Anmerkung zu a, b und c aufzunehmen: „Für die zollamtliche Behandlung des beim Eingang in das Zollgebiet zur Durchfuhr deklarirten Getreides, insbesondere bezüglich der für dasselbe zu bewilligenden Transitläger ohne amtlichen Mitverschluß werden durch den Bundesrath diejenigen Erleichterungen gewährt, welche zur Sicherung und Aufrechterhaltung des Durchfuhrhandels erforderlich sind. Für das zur Durchfuhr deklarirte Getreide wird ein Eingangszoll nur insoweit entrichtet, als dasselbe zum Verbrauch im Inlande gelangt und nicht durch eine gleiche Menge zur Ausfuhr gebrachten inländischen Getreides ersetzt wird."

Abg. v. Saucken-Tarputschen: Als ich die Motive zur Vertheidigung der proponirten Getreidezölle las, war ich wirklich begierig, den Verfasser kennen zu lernen, denn unmöglich schien es mir, daß er ein Kenner landwirthschaftlicher Verhältnisse oder gar ein Landwirth sei. Nun glaube ich den Verfasser zu kennen. Herr Geh. Rath Tiedemann hat uns mit vielen Zahlen zu beweisen sich bemüht, was wir Alle längst wußten, daß in Rußland und Amerika die Produktionskosten geringer und daher auch die Getreidepreise niedriger sind als bei uns. Darauf hat er dann des Weiteren ausgeführt, daß die Landwirthschaft sich in einer großen Krise befinde, daß der Anfang vom Ende gekommen sei, und schließlich, daß dieser Prozeß des Unterganges auch durch den Getreidezoll nicht aufgehalten werde. Der Zoll bewirkt also nichts weiter, als eine Vertheuerung der Lebensmittel. Wenn man sich gegen die Vertheuerung der Lebensmittel ausspricht, dann wird gesagt, daß man nichts von Landwirthschaft verstehe, ja gestern verlangte sogar ein Redner, daß jeder, der hier über Landwirthschaft spricht, ein Zeugniß der Reife vorlegen solle. Nun, das Zeugniß des Hauses hat ja sich über diesen Redner klar genug ausgesprochen, und ich habe wohl nicht nöthig, auf ihn zurück zu kommen. Ich bin zudem Zeit meines Lebens praktischer Landwirth gewesen, und wohl in der Lage, auch die verschiedenen Standpunkte, von denen aus der Getreidezoll zu vertreten oder zu verwerfen ist, kritisch zu beurtheilen. Zudem konstatire ich, daß Ostpreußens Landwirthe mit sehr wenigen Ausnahmen gegen jeden Schutzzoll sind. Es gab früher überhaupt keinen Landwirth, der Schutzzöllner war, und im Jahre 1876 schrieb mir auch Graf Udo Stolberg, daß es an der Zeit sei, Front gegen die beginnende Bewegung für den Eisenzoll zu machen. Mit Ausnahme eines Mitgliedes hat sich der ganze ostpreußische Provinziallandtag gegen den Schutzzoll ausgesprochen. Denn die Landwirthschaft selbst ist in den letzten 30 Jahren durchaus nicht zurückgegangen, nur ist die Lage mancher Besitzer eine äußerst prekäre geworden. Vor 30 Jahren hatte man eben nicht so viel Verkehrsmittel, und der Landwirth gab [illegible] nicht so viel aus, sondern ernährte und kleidete sich meist von dem, was er selbst produzirte; [illegible] aber gingen die Arbeiter mehr nach den Städten, die Arbeitslöhne stiegen, mit den Preisen der Produktionsmittel stiegen aber nicht in gleichem Maße die Preise der Produkte. Aber bald nach dem Industrieschwindel kam auch der Gesundungsprozeß, und diesen dürfen wir nicht unterbrechen. Schon jetzt sind die Arbeiter auf dem Lande wieder billig, und Alles geht wieder in geordnetem Geleise. — Die Motive stellen den Körnerbau als Hauptaufgabe der Landwirthschaft hin, während in der That, wie jeder Landwirth weiß, das Umsetzen der Körner in edlere Stoffe viel wichtiger ist. Zum Beweise aber, daß durchaus keine Krisis der Grundbesitzer bei uns bekannt ist, führe ich an, daß die Landwirthschaft im steigenden Fortschreiten befindlich ist. Niemals vorher hatten wir in Ostpreußen besseres Vieh, niemals wurden so hohe Preise dafür bezahlt, wie jetzt. — Die von Herrn Geh. Rath Tiedemann bei früherer Gelegenheit schon angeführten Subhastationen sind keine Folge der Ueberschwemmung mit billigem auswärtigen Getreide, sondern die unausbleibliche Folge unserer politischen Lage. Bevor diese sich nicht ändert, werden die wirthschaftlichen Verhältnisse nicht besser werden. Angesichts der fortwährenden Ungewißheit in unserer politischen Situation wagt es Niemand, sich in ein Geschäft einzulassen. Die Landwirthe hätten sich aber überhaupt gar nicht für einen Schutzzoll ausgesprochen, wenn sie nicht, da sie die Ueberzeugung gewannen, daß die Schutzzölle für die Industrie doch durchgehen, auch schließlich etwas für sich lukriren wollten, und bei diesem Wege der Kompensation, den sie einschlugen, ist es ganz natürlich, daß sie bemüht sind, soviel als möglich zu erhalten. Indessen wird durch den Getreidezoll die Produktion des Viehzüchters, durch die Viehzölle das Produkt des Getreidebauers vertheuert und wenn der Herr Kommissarius des Bundesrathes es auch bedauert, ändern wird er es nicht, daß der Preis des Getreides durch den Weltmarkt bestimmt wird, wenn die Produktion auch noch so sehr erschwert und vertheuert wird. Ja, wenn der Staat eine Garantie übernehmen könnte, daß der Preis für Getreide von einer gewissen Höhe nicht fallen darf, dann wäre allerdings durch den betretenen Weg dem Landwirth zu helfen, er auch nur, wenn er neben der Landwirthschaft noch ein Gewerbe betriebe. Selbst bei der Ueberschüttung mit fremdem Getreide hat die ostpreußische Landwirthschaft noch immer Nutzen gehabt. Zum Schluß empfiehlt Redner den Antrag Rickert und appellirt an die Vaterlandsliebe des ganzen Reichstages, die nicht zulassen werde, daß das neue System logisch und konsequent zwei blühende Provinzen zu Grunde richtet; auch wenn er nicht Landwirth wäre, würde er stets einer Vorlage die Zustimmung versagen, die dem armen Manne die Lebensmittel vertheuert. (Widerspruch rechts.) Spielen Sie nicht Vorsehung, es ist das ein gewagtes Spiel, das kein gutes Ende nehmen kann! (Beifall links.)

Abg. Günther (Sachsen): Wenn man sich entschließt, Schutzzölle überhaupt einzuführen, dann haben alle Erwerbsarten den gleichen Anspruch darauf und diejenigen, die am meisten nothleidend sind, müssen den höchsten Schutz genießen. Auch Gegner, wie Herr Bamberger, haben den nothleidenden Zustand der Industrie anerkannt, und ich kann nicht zugeben, daß die Gesundung eingetreten ist, die dem Herrn Vorredner die Lage so rosig erscheinen läßt. Eine Reise durch Deutschland unter genauer Besichtigung nicht blos der Schlösser sondern auch der Bauernhöfe würde ihm ein ganz anderes Bild geben. Kein Gewerbe ist von der großartigen Bedeutung wie die Landwirthschaft. Die bebaute Fläche Deutschlands beträgt 23 Millionen Hektaren im Werthe von 5 bis 7 Milliarden Mark, die landwirthschaftliche Bevölkerung beläuft sich auf ca. 20 Millionen Menschen. Angesichts dieser ungeheuren Ziffern erscheint jede andere Erwerbsart verschwindend klein, selbst die Eisenindustrie, die wir so reichlich bedacht haben. Wenn man auch vom physiokratischen System zurückgekommen ist, so hat man doch bis auf den heutigen Tag an dem Grundsatze festgehalten, daß der Nationalreichthum eines Landes in seinem Grund und Boden liege, und selbst in manchesterlichen Blättern habe ich gelesen, daß jeder Stillstand der ländlichen Produktion ein Schritt zur Verarmung sei. Jetzt hört man in Zeitungen und Versammlungen häufig das Umgekehrte: Der gegenwärtige Werth der Landgrundstücke sei ungerechtfertigt, man müsse wieder auf den Stand vor 30 bis 40 Jahren zurückkehren. Man will also den Nationalwohlstand verringern (Widerspruch links), alle Verbesserungen dieser letzten Jahre sollen verloren, alle Fortschritte preisgegeben sein. Es ist nicht leicht möglich, eine mehr reaktionäre Tendenz zu verfolgen, zumal sich als natürliche Konsequenz diese Anschauung ergiebt, daß man auch politisch zu jenen überwundenen Zuständen zurückkehren müßte. Ein fundirter Grundbesitz und ein wohlhabender Bauernstand sind die festesten Stützen des Staates und gerade heute haben wir allen Grund, diese Stützen gegenüber zersetzenden Tendenzen zu erhalten. Die Landwirthschaft leidet ganz bedeutend unter der Konkurrenz des Auslandes. Ich citire aus einer Eingabe der ständigen Deputation der Berliner Produktenbörse folgende Zahlen: Die Ausfuhr aus Amerika betrug 1868/69 14 Millionen Bushel Weizen, 1877 72 Millionen, 1869 7 Millionen Bushel Mais, 1877 85 Millionen. Der russische Export war in denselben Jahren 2,200,000 und 10 Millionen Tschetwert Roggen, 10 Millionen und 17 Millionen Tschetwert Weizen; davon kommen nach Deutschland 4 Millionen Tschetwert Roggen und 1 Million Weizen. Nach ferneren amtlichen Mittheilungen führte Amerika 1870 7 Millionen Pferde, jetzt 10 Millionen aus, 1870 $1^1/_2$ Millionen, jetzt $19^1/_4$ Millionen Ochsen. Ebenso steigerte sich die Fleischausfuhr nach dem Referate des Herrn Reuleaux von 20 Millionen 1876 auf 57 Millionen 1877. Trotz dieser vernichtenden Konkurrenz will man der Landwirthschaft nicht denselben Schutz gewähren, den man der Industrie bewilligt. Im Vordergrunde steht dabei das Argument, daß man dem armen Manne das Brod nicht vertheuern dürfe. Ich muß mich und meinen Antrag ausdrücklich gegen eine solche Tendenz verwahren. Wir denken gar nicht daran und es ist fast selbstverständlich, daß der Zoll nicht eine Erhöhung der Brodpreise nach sich ziehen wird. Die Getreidepreise werden ja auf den Börsen gemacht und sind fast täglichen Schwankungen bis zur Höhe von vielen Thalern unterworfen, wie soll da ein Zoll von 50 Pf. großen Eindruck machen. Auch decken sich Getreide und die Brodpreise keineswegs. Ueber den natürlichen Preis hinaus wird doch selbst keine siegreiche Haussepartei der Börse den Brodpreis zu steigern vermögen. Mit unserer Landwirthschaft steht es so, daß wir sie aufgeben müssen, wenn wir auf sie das Dogma des Manchesterthums anwenden wollen, daß ein Industriezweig nicht existenzberechtigt ist, wenn er nicht billiger zu produziren vermag als das Ausland. Denn billiger als Rußland und Amerika wird unsere Industrie nie zu produziren vermögen. Für die Kornzölle erkläre ich

mich schon um des Prinzipes willen, weil, wenn die Industrie den Schutz der Zölle anruft, auch die Landwirthschaft ein gleiches Recht hat, da sie durch die unglückliche Manchestertheorie furchtbar gelitten hat. Das aber verhehle ich mir heute schon nicht, daß möglicherweise die Landwirthschaft aus den Schutzzöllen nicht so viel Nutzen wird ziehen können, als es die Industrie vermag. Eine Erhöhung des von der Regierung vorgeschlagenen Satzes erschien uns um deswillen geboten, weil wir es verhindern wollen, daß irgend eine Eisenbahn-Direktion durch Veränderung der Tarife den ganzen Zolltarif paralysiren kann. Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten aus bitte ich Sie, sich sowohl für Kornzölle im Allgemeinen, wie im Speziellen für unsern Antrag zu entscheiden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. v. Treitschke hält es nicht für möglich, daß sich auf Grund des Tarifes Parteien konstituiren können. Parteien, die keine andere Basis hätten, seien nicht existenzberechtigt. Sodann warnt der Redner vor agitatorischen leidenschaftlichen Schlagwörtern und bittet, die Zollfragen gänzlich unbefangen und vorurtheilsfrei zu prüfen, namentlich aber auch über den Werth der Wissenschaft in wirthschaftlichen Dingen nicht so vornehm wegwerfend zu urtheilen, wie es der letzte Redner für gut befand. Jetzt ist es das erste Mal, daß sich eine Zollveränderung vollzieht unter Zustimmung der Betheiligten, denn wenn auch nicht, wie Abg. Berger sagt, Alle riefen, bis der Reichskanzler kam — viele Industrielle haben jedenfalls gerufen. Daran muß man jedenfalls festhalten, daß die Getreidezölle nicht einen festen Finanzzoll bilden können, denn dazu fließen sie zu ungleich, je nach dem guten oder schlechten Ausfall der Ernten im Inlande. Soll denn nun der Getreidezoll als Kampfzoll dienen? Wir werden ja in den nächsten Jahren gewiß einen Zollkrieg durchmachen müssen, und deshalb nehme ich sogar den verrufenen Paragraphen 5 mit seinen außerordentlichen Vollmachten an, aber ich bestreite es, daß Getreidezölle zu Kampfzöllen dienen können. Für die Viehzölle werde ich stimmen, weil ich hoffe, daß es möglich sein wird, mit ihnen dem Ackerbau eine wesentliche Hülfe zu leisten gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Die Getreidezölle dagegen sind nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Hr. v. Mirbach und Hr. Günther haben ganz konsequent den Zoll erhöht, weil ihnen die Produktionskosten erhöht wurden. Ich sehe in dem Getreidezoll nur ein taktisches Mittel der Regierung, um den Zolltarif im Ganzen durchzusetzen.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Vicepräsident Dr. Lucius konstatirt in Gemäßheit des von ihm im Anfang der Sitzung gemachten Vorbehalts in Folge von verschiedenen Seiten an ihn ergangener Anfragen, daß jeder Versuch, Herrn v. Forckenbeck zu einer Zurücknahme seines Entschlusses zu bewegen, fruchtlos sein würde, da die Rücksichten auf seine Gesundheit ihm unbedingt gebieten, bei seiner Erklärung zu verharren. Mit Rücksicht darauf, daß auch der erste Vicepräsident (Freiherr Schenk von Stauffenberg) durch Krankheit verhindert ist, glaube ich mich als stellvertretender Präsident verpflichtet, die Wahl des ersten Präsidenten auf die morgige Tagesordnung zu setzen, damit nicht in der nächsten Zeit eine ernstliche Störung eintritt. (Zustimmung.)

Schluß $3^1/_4$ Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Wahl des ersten Präsidenten, Fortsetzung der Berathung über die Getreidezölle.

Deutschland.

** **Berlin**, 20. Mai. Der Kaiser hat bestimmt, daß sämmtliche Oberpräsidenten und die kommandirenden Generale an den Feierlichkeiten seiner goldenen Hochzeit theilnehmen sollen. Außer den von den Provinzen zu entsendenden Deputirten werden auch Deputirte der Residenzen Berlin, Potsdam und Koblenz empfangen werden.

Der Provinzial-Landtag der Provinz Schleswig-Holstein tritt mit allerhöchster Genehmigung am 29. Mai zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in welcher Beschluß gefaßt werden soll über den Antrag des provinzialständischen Ausschusses auf Errichtung einer milden Stiftung aus Anlaß der goldenen Hochzeit des Kaiserpaares.

Die heute erfolgte Niederlegung des Reichstags-Präsidiums Seitens des Herrn v. Forckenbeck, von demselben in erster Linie durch den Widerspruch motivirt, in welchen er mit der gegenwärtigen Majorität des Reichstags gekommen, war allerdings eine Konsequenz der bei dem Bankett des Städtetages gehaltenen Rede. Die Stellung der parlamentarischen Präsidenten wird in Deutschland so aufgefaßt, daß dieselben gelten sollen als hervorragende Repräsentanten der politischen Gesinnungen der Majorität. Herr von Forckenbeck repräsentirte die in nationalen Fragen wenigstens zusammenhaltende Majorität der Konservativen und National-Liberalen. Diese Majorität ist jetzt und zwar in einer nationalen Frage gesprengt. Insofern dürfte Herr v. Forckenbeck sich verpflichtet glauben, eine Stellung niederzulegen, welche ihn zum Repräsentanten einer Majorität machte, die einstweilen nicht mehr besteht. Es fragt sich aber, ob diese in Deutschland herkömmlich gewordene Auffassung der parlamentarischen Präsidentenstellung richtig ist, ob zu dieser Stellung nicht vielmehr neutrale, in einer politischen Parteirichtung nicht hervortretende, sonst aber durch Geschäftskunde und achtungswerthen Charakter ausgezeichnete Männer vorzugsweise geeignet sind. Ein Präsident, welcher sich nicht zum Repräsentanten der Majorität, sondern des ganzen Hauses zu machen bestrebt ist, muß allerdings die Resignation üben, an politischen Demonstrationen außerhalb des Parlaments sich überhaupt nicht, oder wenigstens nicht in hervorragender Weise zu betheiligen. Nachdem Herr von Forckenbeck das nicht unterlassen konnte, und zwar bei einer Gelegenheit, die ihn in Gegensatz zur gegenwärtigen Majorität des Reichstages in der großen schwebenden Frage machte, durfte er nach der deutschen Auffassung von der Präsidentenstellung allerdings nicht anstehen, seine Entlassung zu geben.

Heute Mittag trat im Reichskanzleramt der vom Bundesrath für die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über die Regelung des Gütertarifwesens eingesetzte besondere Ausschuß wieder zu einer Sitzung zusammen.

Die Ausschüsse des Bundesraths für Zoll und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen haben jetzt ihren Antrag, betreffend den Gesetzentwurf über die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs, dem Bundesrath eingereicht. Der Antrag geht dahin, der Bundesrath wolle dem Entwurf und der aus der Anlage hervorgehenden Fassung seine Genehmigung ertheilen. Aus der Anlage erhellt, daß die Ausschüsse zwar eine Anzahl Abänderungen (in den §§ 3, 4, 6, 7, 9, 10 und 11) an dem Wortlaut des Gesetzes vorgenommen haben, daß dieselben jedoch theils nur redaktioneller Natur sind, theils lediglich administrative Vorschriften betreffen, während die Grundsätze der Vorlage keinerlei Aenderung erfahren haben.

Von einigen Seiten sind Zweifel geäußert worden, ob dem Reichstag noch in dieser Session der Gesetzentwurf über die Errichtung des Reichstagsgebäudes zugehen werde. Dieselben widerlegen sich dadurch, daß die Ausschüsse des Bundesraths heute sich mit der betreffenden Vorlage beschäftigen werden. Man kann daher annehmen, daß in der nächsten Sitzung des Bundesraths die Vorlage auf der Tagesordnung stehen wird.

Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Baron von Scheel-Plessen, ist um seinen Abschied eingekommen mit Rücksicht auf die jetzt beschlossene Verlegung des Oberpräsidiums von Kiel nach Schleswig.

Mit dem Umbau des Dienstgebäudes des Kultusministeriums wird jetzt begonnen werden. Die Bureaus sind, soweit sie sich in dem bisherigen Hauptgebäude befanden, schon vor einigen Wochen in das Gebäude des Staatsministeriums Behrenstraße 72 verlegt, welches an die vor einiger Zeit für das Kultusministerium erworbene Gebäude stößt. Der Minister Falk bezieht in diesen Tagen eine für die Zeit des Umbaues gemiethete Wohnung Voßstraße 134.

Der Kaiser hat zur Beschaffung von drei Ehrenpreisen für die im nächsten Jahre stattfindende internationale Fischerei-Ausstellung eine namhafte Geldsumme bewilligt. Die nähere Bestimmung über die Preise hat Se. Majestät sich vorbehalten.

Im Interesse einer übereinstimmenden Handhabung der Vorschrift im Schlußsatz des § 10 des Betriebsreglements für die Eisenbahnen hat der Minister für öffentliche Arbeiten in einem Erlaß an die königl. Eisenbahn-Direktionen bestimmt, daß Kinder unter vier Jahren, sofern sie keinen besonderen Platz beanspruchen, frei zu befördern sind.

In einem weiteren Erlaß an die königlichen Eisenbahndirektionen und Kommissariate bemerkt der Minister für die öffentlichen Arbeiten, daß er mit dem Beschluß der Direktionen, im Allgemeinen eine Herabsetzung der bestehenden Krahngebühren eintreten zu lassen, um so mehr einverstanden sei, als die neben den Frachtkosten zu erhebenden Nebengebühren ihrer Natur und Bestimmung gemäß im allgemeinen Verkehrsinteresse möglichst auf den Durchschnittsbetrag der Selbstkosten beschränkt bleiben müssen. Es sind die Krahngebühren allgemein auf 0,03 M. per 100 Kg. unter Abrundung auf volle 10 Pfennige mit einem Minimalsatz von 1 M. unter Beseitigung einer Skala festzusetzen.

Berlin, 20. Mai. Die Besichtigung der Gewerbeausstellung durch Se. Maj. den Kaiser steht morgen in Aussicht.

— Herr von Forckenbeck wurde 1858 zum Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für den Wahlbezirk Preußisch-Holland-Mohrungen gewählt, in welcher letzteren Stadt er als Rechtsanwalt lebte und von wo er bald darauf nach Elbing versetzt wurde. Er schloß sich der Fraktion Vincke an, trat im Laufe des Jahres 1861 mit anderen entschiedener gesinnten Mitgliedern, den „Jung-Litthauern", aus dieser Fraktion aus und schloß sich der Fraktion Behrend an, aus welcher in der kurzen 6. Legislaturperiode vom Frühjahr 1862 die deutsche Fortschrittspartei sich entwickelte. In der ersten Session der 9. Legislaturperiode wurde Herr von Forckenbeck, der bei der Begründung der nationalliberalen Partei eifrig mitgewirkt hatte, am 6. September 1866 zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt, welche Stellung er bis zum Schlusse der 11. Legislaturperiode am 20. Mai 1873 bekleidet hat.

Herr von Forckenbeck, der inzwischen zum Oberbürgermeister von Breslau gewählt war, wurde auf Präsentation dieser Stadt in's Herrenhaus berufen und konnte in Folge dessen dem Abgeordnetenhause nicht weiter angehören; zu seinem Nachfolger im Präsidium dieses Hauses wurde am 15. November 1873 Herr von Bennigsen gewählt. Dem Reichstage hat Herr von Forckenbeck seit dem Zusammentritt des konstituirenden Reichstages ununterbrochen als Vertreter des Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben angehört. Nachdem Abg. Dr. Simson, der bis dahin als Präsident fungirt hatte, eine Wiederwahl abgelehnt hatte, wurde Herr von Forckenbeck am 9. Februar 1874 zum Präsidenten des Reichstages gewählt.

Provinzielles.

Stettin, 21. Mai. Der Leiter Ludw. Wilh. Büttner aus Gr. Stepe hat bereits viele Vorstrafen wegen Diebstahls hir sich, trotzdem verließ er die Bahn des Verbrechens nicht. Im April d. J. erhielt er von einer Händlerin 5 Stiegen Heringe zum Verkauf übergeben. Er führte diesen Auftrag auch aus, verwendete den Erlös jedoch in seinem Nutzen. Ferner entwendete er einem Hausdiener ein Paar Beinkleider. Deshalb in der heutigen Sitzung der Kriminal-Deputation des Kreisgerichts wegen Unterschlagung und Diebstahls angeklagt, wird Büttner zu 4 Monaten 1 Woche Gefängniß und Verlust der Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt.

Die nächste Verhandlung gegen die Arbeiterfrau Aug. Mischke, geb. Hempel, welche am 26. Dezember v. J. der Wittwe Joachim einen Korb mit Wäsche gestohlen, endet mit der Verurtheilung der Angeklagten zu 1 Monat Gefängniß.

Der Bursche Heinr. Gust. Ad. Tesch war war im Januar d. J. auf kurze Zeit als Lehrling bei dem Bäckermeister Meirowitz und hatte als solcher die Backwaaren des Morgens an die Kunden auszutragen und den Betrag dafür einzukassiren. Dieser Beschäftigung scheint er am 18. Januar überdrüssig geworden zu sein, denn nachdem er an diesem Tage die Backwaaren abgeliefert und das Geld eingezogen hatte, legte er Korb, Schürze und die Semmelbeutel am Frauenthor nieder und verbrachte das von den Kunden erhaltene Geld, kehrte auch nicht wieder zu seinem Meister zurück. Deshalb trifft ihn eine Gefängnißstrafe von 3 Wochen.

— Wolff's Garten. Der Besitzer Herr Wilhelm Wolff, hat in koulantester und liebenswürdigster Weise dem Komitee der bisherigen Elysium-Theater-Gesellschaft sein ebenso freundliches als auch bei dem Publikum überaus beliebtes Etablissement zur Verfügung gestellt und soll, wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, bereits in einigen Tagen mit der Wiederaufnahme der so unliebsam unterbrochenen Vorstellungen begonnen werden. Wir können nicht umhin, Herrn Wolff für dieses höchst uneigennützige Verfahren unsere größte Hochachtung zu zollen. Das Komitee entfaltet ein reges Leben und sind bereits die Abschlüsse mit Theateragenten ins Werk gesetzt, welche uns die erfreuliche Hoffnung geben, ein mannigfaltiges und novitätenreiches Repertoir erwarten zu dürfen. — Auch vernehmen wir, daß jedwede sich noch herausstellende Lücke im Personalbestande durch Heranziehung neuer tüchtiger Kräfte ausgefüllt werden soll. Somit können wir erwarten, in nächster Zeit ein für die elegante Welt angenehmes und würdiges Sommer-Theater eröffnet zu sehen. — Wir wünschen dem jungen Unternehmen das vortrefflichste Gedeihen und würden uns freuen, wenn wir in Bälde Schönes und Rühmliches davon berichten könnten. Glück auf!

— Bei der Stadtkasse in Greifswald sind durch den Stadthauptkassen-Rendanten Bohlmann seit längerer Zeit bedeutende Unterschlagungen verübt, derselbe hat die Veruntreuungen zu Ende vorigen Monats selbst angezeigt und ist ein größeres Defizit von den städtischen Behörden festgestellt. Der „Stralsunder Ztg." wird darüber aus Greifswald geschrieben: Durch einen in der öffentlichen Sitzung des bürgerschaftlichen Kollegiums vom 16. d. M. vorgelesenen Bericht des Bürgermeisters Helfritz sind die Mittheilungen, welche man sich hier im Publikum seit etwa 14 Tagen machte über Defekte in der Stadtkasse, amtlich bestätigt worden. Danach hat am 30. v. M. der desselben Tages vom Amte suspendirte Stadthauptkassen-Rendant B. sich selbst angezeigt und angegeben, daß er seit dem Jahre 1875 Gelder, deren Gesammtbetrag er auf ungefähr 12,000 M. normirt, unterschlagen habe. Umgehend ist von dem ganzen Vorfall sowohl der Ober-Behörde, als auch der Staatsanwaltschaft Anzeige gemacht worden. Da die von den Defekten vornehmlich getroffenen Kassen, Kasse des St. Spiritus-Hospitals und die Schuldentilgungskasse, sich in arger Verwirrung befinden, läßt sich amtlicherseits, wie wiederholt konstatirt wird, der Umfang der Defekte noch keineswegs feststellen; es wird dies erst nach vollständiger Aufrechnung möglich sein, doch stimmt der Einblick in die geschädigten Kassen, soweit er bis jetzt möglich war, mit den Angaben des Beamten überein. Daß die Selbstanzeige gerade jetzt erfolgte, hat, wie uns erklärt wird, darin seinen Grund, daß die städtischen Behörden auf die seit mehreren Jahren unterlassene Rechnungslegung in immer energischerer Weise drangen und den Rendanten, damit er vorerst dieser Verpflichtung nachkäme, von der Verwaltung der laufenden Geschäfte entbanden. (Str. Z.)

— Mit Eintritt wärmerer Witterung beginnt auch unser Publikum, die beliebten Wassertouren nach Frauendorf-Gotzlow wieder aufzunehmen. Der Julo hat sich nach dem letzten Regen in unglaublich kurzer Zeit in frisches sattiges Grün gehüllt. Für Konzerte, Vergnügungen 2c. ist reichlich gesorgt. Auf dem Julo ist von Herrn Olwig ein neuer Scharfschießstand von 120 Meter Länge mit doppelten Zugscheiben eingerichtet und zur Benutzung bereit gestellt. Die Anlage und Einrichtung des Schießstandes ist als zweckmäßig und praktisch anzuerkennen. Auch sind derartige Vorsichtsmaßregeln getroffen, daß Unglücksfälle überhaupt nicht vorkommen können. An den bevorstehenden Feiertagen werden auf dem Julo Frühkonzerte stattfinden, für welche besonderes Entree nicht erhoben wird. In Sommerlust (Gumtow) wird regelmäßig Donnerstags und außerdem auch an Sonn- und Festtagen die Kapelle des 34. Regiments konzertiren. Am Himmelfahrtstage wird das erste Konzert stattfinden. Der Eintrittspreis für die Sonn- und Feiertage ist auf den geringen Betrag von 10 Pf. herabgesetzt und steht demnach zu erwarten, daß der Besuch dieser Konzerte ein außerordentlich reger werden wird.

— Gestern Abend brach in einer Tischlerwerkstatt Apfelallee Nr. 1 Feuer aus, welches erst nach längerer Thätigkeit der Feuerwehr gelöscht wurde.

— Der Kreisrichter Konrad Julius Varges in Johannisburg ist zum Konsistorial-Assessor ernannt und dem Königlichen Konsistorium der Provinz Pommern überwiesen worden.

— Beleidigungen gegen Bedienstete bei Privat-Eisenbahnen in ihrer Eigenschaft als Bahnpolizeibeamte können nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 3. April d. J. auf den Antrag der den Beleidigten im eigentlichen Bahndienst, nicht aber in ihren polizeilichen Funktionen Vorgesetzten nicht strafgerichtlich verfolgt werden.

Stargard, 20. Mai. Heute inspizirte der seit mehreren Tagen hier anwesende Herr Generallieutenant v. Borries, Kommandeur der 4. Infanteriedivision, das ganze Regiment auf dem großen Exerzierplatze. Die Uebung dauerte bis 2 Uhr Nachmittags. Der General begiebt sich von hier aus behufs Rekognoszirung nach dem für das diesjährige große Manöver in Aussicht genommenen Terrain.

Greifswald, 20. Mai. Der Wortlaut der an den hohen Reichstag gerichteten Eingabe der hiesigen Kaufmanns-Kompagnie ist folgender: In der am 17. Mai abgehaltenen außerordentlichen General-Versammlung der Kaufmanns-Kompagnie wurde der Antrag: sich zu der auf der letzten Delegirten-Konferenz der Seestädte festgestellten und bereits an den hohen Reichstag abgesandten Petition, datirt vom 29. April, obgleich verspätet zustimmend zu erklären, zum Beschluß erhoben. Diesem Beschluß trat auch die hiesige nautische Gesellschaft bei und wurde der Vorstand der Kaufmanns-Kompagnie beauftragt, dem hohen Reichstag hiervon Kenntniß zu geben. Indem wir hierdurch dem ertheilten Auftrag genügen, bitten wir die Versicherung der Hochachtung hochgeneigtstens anzunehmen von dem Vorstande der Kaufmanns-Kompagnie zu Greifswald.

Niepars, 17. Mai. In der letzten Versammlung des hiesigen Bienenzuchtvereins, der seit Dezember v. J. besteht und in fortwährendem Wachsen begriffen ist, wurde unter Anderem beschlossen, im Laufe des Sommers das erste Imkerfest zu feiern, und ist in dieser, sowie schon in der vorletzten Versammlung von sämmtlichen anwesenden Mitgliedern ein Tag Ende Juni oder Anfang Juli als Tag der Festlichkeit festgesetzt worden. Der Gastwirth Ahrens in Jakobsdorf hat dem Wunsche des Vereins gemäß seinen großen, schönen Garten als Festort zur Benutzung gestellt. Vorträge und praktische Uebungen in der Bienenzucht, sowie die Ausstellung verschiedener Gegenstände und Verkauf von Honig wurden in Aussicht gestellt, um diesen ersten Ausflug zu einer möglichst interessanten Zusammenkunft zu gestalten. Dazu soll auch die Richtenberger Stadtkapelle durch Concert-Vorträge und Arrangement eines Festballes beitragen. Zur besonderen Vergrößerung der Festfreude wurde auch beschlossen, den Seminar-Chor aus Franzburg einzuladen und übernahm der Schriftführer das Weitere zu besorgen.

(Eingesandt.)

Der Platz zwischen dem Königlichen Stroh-Magazin und der Mauer des neuen Rathhauses dient bei Tage und Nacht — Trunkenbolden und Bummlern als Ruh- und Schlafstätte. Hier werden die unsaubersten Toiletten gemacht, ferner schamlose Bedürfnisse befriedigt, wozu sonst die verborgensten Winkel dienen, so daß die Bewohner der anliegenden Straße sich geniren müssen, ans Fenster zu treten. Dies werden die Bewohner bezeugen können.

Einer für Viele.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 20. Mai. Fürst Alexander I. von Bulgarien ist heute Nachmittag hier eingetroffen und am Bahnhofe von einer Deputation der hiesigen bulgarischen Kolonie begrüßt worden.

Brüssel, 20. Mai. Deputirtenkammer. Der Präsident theilte den gestern erfolgten Tod des Bürgermeisters Anspach mit und gedachte des Verstorbenen in warmen Worten. Die Kammer wählte eine Deputation, welche den morgen Nachmittag um zwei Uhr stattfindenden Leichenfeierlichkeiten beiwohnen soll.

Versailles, 20. Mai. Die Deputirtenkammer votirte einen Kredit von 500,000 Francs zur Unterstützung der durch einen Cyclon heimgesuchten Bewohner der Insel Reunion. Der Unterrichtsminister brachte einen Gesetzentwurf ein, betreffend den Nachweis der Befähigung zur Ertheilung des Unterrichts in Elementarschulen. Der Gesetzentwurf ordnet die Unterdrückung der Audienzbriefe an, durch welche den Mitgliedern von Kongregationen das Recht, Unterricht zu ertheilen, gewährt wird. — Gambetta theilte im Namen des Justizministers mit, daß derselbe die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung gegen Paul de Cassagnac nachsuche.